

DRINGLICHE ANFRAGE von Carmen Walker Späh (FDP, Zürich) und Max F. Clerici (FDP, Horgen)

betreffend Neuregelung in den Bereichen Gesamtverkehr und Umwelt – Schnittstellen Baudirektion und Volkswirtschaftsdirektion

An der Medienkonferenz vom 3. März 2006 informierte die Regierung die Öffentlichkeit über die geplante Strukturbereinigung zwischen der Baudirektion und der Volkswirtschaftsdirektion. Die Beseitigung von Schnittstellen ist Teil des Massnahmenplans Haushaltgleichgewicht 06 (MH06). Sie muss daher – neben einfacheren Abläufen und einer sachlichen Konzentration – zwingend zu einer Effizienzsteigerung führen, die mit einem Spareffekt verbunden ist. Im Interesse des Wirtschaftsstandorts Zürich und den betroffenen Mitarbeitenden sind die offenen Fragen so rasch wie möglich zu klären. Aus Praktikabilitäts- und aus Wirtschaftlichkeitsüberlegungen nicht einleuchtende Schnittstellen – wie zum Beispiel diejenige zwischen Projektierung und Ausschreibung oder der Koordination zwischen Verkehrs- und Siedlungsplan – sind nochmals zu hinterfragen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wann kann damit gerechnet werden, dass der angestrebte Effizienzgewinn aufwandseitig messbar wird?
2. Wie hoch wurde in der Grundlagenstudie Elser das Einsparungspotential ausgewiesen? Wir bitten um Angaben pro Jahr mindestens für die laufende KEF-Periode.
3. Gibt es besondere und auf den Kanton Zürich bezogene Gründe für die schweizweit doch einmalige Umorganisation?
4. Hat die Regierung auch andere Varianten der Strukturbereinigung geprüft? Wenn ja: Welche Varianten standen zur Diskussion und aus welchen Gründen wurden diese verworfen?
5. Ist sich die Regierung bewusst, dass heute 600 bis 700 Tiefbauprojekte im Kanton Zürich hängig sind, die nun organisatorisch und fachlich auseinandergerissen werden? Worin erkennt der Regierungsrat den Gewinn aus dieser aufgeteilten politischen Verantwortung zwischen Planung und Ausführung? Wo sieht er auch Risiken, die speziell zu beachten sind und mit welchen Massnahmen will er diesen begegnen?
6. Sieht der Regierungsrat auch vor, jene Projekte in die Zuständigkeit der Volkswirtschaftsdirektion zu verschieben, deren Planung unmittelbar vor Abschluss stehen oder ist bei diesen im Sinn einer effizienten Bearbeitung eine sinnvolle Übergangsregelung vorgesehen?
7. Könnte sich die Regierung vorstellen, die Verwaltung des Strassenfonds bei der Baudirektion zu belassen (keine geteilte Verantwortung) und wenn nein, warum nicht?

8. Welche Vorteile resultieren aus der Reorganisation für die Bürgerinnen und Bürger und für die Behördenvertreterinnen und -vertreter aus den Zürcher Gemeinden, Städten und Planungsregionen?
9. Wer vertritt den Kanton Zürich bezüglich Strassenverkehr gegenüber Bund (ASTRA) und den andern Kantonen?
10. Wer wird den Kanton Zürich in der Baudirektorenkonferenz vertreten?

Carmen Walker Späh
Max F. Clerici

J. Appenzeller	M. Arnold	E. Bachmann	B. Badertscher	H. Bär
A. Bergmann	K. Bosshard	O. Denzler	H. Egloff	H.J. Fischer
H. Frei	Hch. Frei	F. Ganz	B. Grossmann	G. Guex
L. Habicher	W. Haderer	H. Hartmann	Hp. Haug	T. Heiniger
H-H. Heusser	W. Honegger	R. Jenny	B. Johner	O. Kern
D. Kläy	U. Kübler	K. Kull	U. Lauffer	J. Leuthold
O. Meier	R. Menzi	Ch. Mettler	E. Meyer	M. Mossdorf
H-P. Portmann	S. Ramseyer	L. Rüegg	R. Sauter	Hj. Schmid
A. Schneider	R.A. Siegenthaler	A. Simioni	B. Steinemann	E. Stocker
I. Stutz	R. Thalmann	T. Toggweiler	B. Walliser	R. Walther
B. Walti	T. Weber	K. Weibel	G. Winkler	H. Wuhrmann
M. Zaugg	H. Züllig	E. Züst		